

# DER NEUE TAG

ABENDAUSGABE  
ONETZ.DE | 2,40 EURO

NR. 30 | SA., 6. / SO., 7. FEBRUAR 2021

Landkreis Schwandorf – Grenzware

## Schuiener wird 90

Jahrelang kämpften die Oberpfälzer in den 80er Jahren gegen den Bau einer atomaren Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf. An ihrer Spitze stand der damalige Schwandorfer Landrat Hans Schuiener (Mitte). Jetzt wird er 90.

► Seite 6



Archivbild: Gerhard Götz

## SIE LESEN HEUTE

### Mauscheleien bei der Pleite von Senivita?

Der Wirtschaftskrimi spielt direkt vor der Haustür. Die Insolvenz des Pflegedienstleisters Senivita mit Sitz in Bayreuth – und mit Seniorenheimen anderem in Schwarzenfeld und Kemnath – stellt sich für Tausende Kleinanleger mehr als dramatisch dar. Das Finanzgebaren des Unternehmens alarmiert die Gläubiger.

Themen des Tages ► Seite 2

### Fall Nawalny wird zur diplomatischen Krise

Nur wenige Tage nach dem umstrittenen Straflager-Urteil muss sich Kremlgegner Nawalny erneut vor der russischen Justiz verantworten. Der Prozessaufakt wegen Beleidigung eines Weltkriegsveteranen wird zum bizarren Schauspiel. Dieses sorgt mittlerweile auch für eine Krise in den diplomatischen Beziehungen zu Russland.

Politik ► Seite 5

### Corona in Tschechien: Patienten werden verteilt



Ein Polizist sichert in Cheb den Abtransport von Covid-Patienten aus dem Krankenhaus.

Bild: CTK/dpa

In Tschechien spitzt sich die Corona-Lage zu. In einem Convoi wurden am Freitag die ersten Patienten aus dem hoffnungslos überlasteten Krankenhaus in Eger (Cheb) in andere Landesteile verlegt. Unterdessen lehnt der tschechische Gesundheitsminister Hilfe aus Bayern weiterhin ab.

Themen des Tages ► Seite 3

# Große Sorge wegen Virusmutationen vor neuen Lockdown-Beratungen

Kommende Woche müssen Bund und Länder entscheiden, wie es mit dem Lockdown in Deutschland weitergeht. Die Infektionszahlen sinken zwar – doch eine Angst könnte alles überschatten.

Berlin. (dpa) Wenige Tage vor dem nächsten Corona-Gipfel wächst in der Bundesregierung die Sorge vor einer Ausbreitung der ansteckenderen Virusmutationen. Ein Weg aus dem Lockdown könne deshalb nur mit viel Augenmaß geplant werden, sagte Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) am Freitag. „Wenn wir diesen Mutationen die Möglichkeit zur Ausbreitung geben würden, riskieren wir einen erneuten Anstieg der Infektionszahlen.“

Der Präsident des Robert-Koch-Instituts (RKI), Lothar Wieler, warnte, das Virus sei zuletzt gefährlicher geworden. Nach Einschätzung des RKI dominieren die ansteckenderen Corona-Varianten das Infektionsgeschehen in Deutschland noch nicht, dürften aber in den kommenden Wochen eine immer größere Rolle spielen. In 13 der 16 Bundesländer



Gesundheitsminister Jens Spahn (rechts) und Lothar H. Wieler, Präsident des Robert-Koch-Instituts, nach der Pressekonferenz.

Bild: Michael Kappeler/dpa

sei die in Großbritannien entdeckte Variante B.1.1.7 bereits nachgewiesen worden. Ihr Anteil liege inzwischen bei knapp 6 Prozent. „Das Virus ist noch nicht müde“, betonte Wieler. „Im Gegenteil, es hat gerade nochmal einen Schub bekommen.“

### Inzidenz sinkt auf unter 80

Spahn mahnte, der zuletzt mühsam erreichte Fortschritt bei den Infektionszahlen dürfe nicht leichtfertig verspielt werden. Die Sieben-Tage-Inzidenz, die Zahl der binnen sieben Tagen gemeldeten Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner, war zu-

letzt bundesweit auf 79,9 gefallen. Ein Wert von 50 gilt als Schwelle, ab der die Gesundheitsämter die Infektionen wieder nachverfolgen können. Die Bundesregierung hatte diese Inzidenz zuletzt als Zielwert ausgegeben.

Am Mittwoch will Kanzlerin Angela Merkel (CDU) mit den Ministerpräsidenten der Länder erneut über das Infektionsgeschehen beraten. Dabei soll auch entschieden werden, ob der bis zum 14. Februar befristete Lockdown mit geschlossenen Schulen, Geschäften, Restaurants und Freizeiteinrichtungen

verlängert wird, oder ob wegen der sinkenden Infektionszahlen vorsichtige Öffnungsschritte eingeleitet werden können. Nach dem Treffen will Merkel die Beschlüsse in einer Regierungserklärung im Bundestag erläutern.

### Südtirol als Negativbeispiel

Spahn betonte, die Infektionszahlen seien derzeit zwar insgesamt am Sinken, doch dies sei etwa in Portugal und Irland auch der Fall gewesen. Durch Lockerungen hätten die Mutationen dann wieder ein drastisches Hochschnellen bei den Corona-Infektionen gebracht. Aus allen Daten ergebe sich, dass die Varianten ansteckender seien, sagte Wieler. Er warnte vor Nachlässigkeit. Daraus sei etwa in Tirol eine brisante Situation entstanden. „Das ist ein Geschehen, das hätte vermieden werden können, wenn dort nicht so viele Tausende Menschen Ski fahren würden.“

In Österreich wird aktuell diskutiert, ob das Bundesland Tirol wegen der vermehrt aufgetretenen Südafrika-Variante unter Quarantäne gestellt wird. Die Zahl der Corona-Infektionen an sich ist dort nicht auffällig.

# 1648 Verfahren wegen Hass im Internet

Erste Jahresbilanz des Justizministers zu Hate-Speech im Netz – Meist aus dem rechten Spektrum

München. (jum) Im ersten Jahr seiner Tätigkeit hat der Anfang 2020 eingesetzte bayerische Hate-Speech-Beauftragte Klaus-Dieter Hartleb 1648 Verfahren wegen Hass und Hetze im Internet eingeleitet. In 94 Fällen erfolgte bereits eine Verurteilung zu zum Teil hohen Geldstrafen. Acht weitere Urteile sind noch nicht rechtskräftig. In 941 Verfahren wird noch ermittelt, 462 wurden zumeist wegen mangelndem Tatverdacht oder nicht ermittelbaren Tätern eingestellt.

Wie Justizminister Georg Eisenreich (CSU) betonte, liege dies zu-

meist an der fehlenden Kooperationsbereitschaft der sozialen Netzwerke. Vor allem die Plattform Facebook liefere oft keine Nutzerdaten. „Wer Demokratie und Meinungsfreiheit schützen will, muss strafbare Hass und Hetze im Internet entschlossen bekämpfen“, sagte der Minister.

In Zukunft will Eisenreich einen besonderen Schwerpunkt auf den Schutz von Mädchen und Frauen vor sexualisierter Hate-Speech (Hass-Rede) legen. Diese treffe vor allem Frauen, die sich öffentlich engagierten. „Wir werden diese er-

niedrigenden und beschämenden Fälle gesondert erfassen, damit wir sie noch stärker ins Visier nehmen können“, kündigte Eisenreich. Er wolle Betroffene ausdrücklich ermutigen, in jedem Fall Anzeige zu erstatten.

Für Eisenreich ist das Vorgehen gegen Hass und Hetze auch ein Kampf gegen Extremismus. Rund 80 Prozent der angezeigten Fälle betrafen Hasskommentare aus dem rechtsextremen Spektrum. Neben antisemitischen Äußerungen gebe es vor allem Anfeindungen gegen Politiker, Flüchtlinge und Muslime.



Eine Aktivistin mit einem Plakat mit der Aufschrift „Hass ist keine Meinung“.

Archivbild: Frank Rumpenhorst/dpa

## WETTER



## SERVICE

Der neue Tag Weigelstr. 16 92637 Weiden  
Amberger Zeitung Mühlgasse 2 92224 Amberg

Abo-Service: Tel. 0961/85-501  
Anzeigen: Tel. 0961/85-502  
Redaktion: Tel. 0961/85-257  
E-Mail: info@oberpfalzmedien.de

onetz  
www.onetz.de

